



Antragsteller: Fraktion AfD

Antragsdatum:

11. März 2022

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister <input type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen <input type="checkbox"/> Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen <input type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten <input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten <input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr <input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss <input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung <input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf <input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile <input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	 23.03.2022 30.03.2022

Antragsgegenstand:

Erstellung eines Maßnahmenkataloges „behindertengerechte Stadt Cottbus/Chóšebuz“

Inhalt des Antrages:

Um allen Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, müssen Städte zunehmend barrierefrei werden.

Das ist auch eine Herausforderung für Stadtplaner und Architekten.

Denn für Menschen mit Beeinträchtigungen lauern überall im Stadtbild Hindernisse.

Menschen mit Einschränkungen sind nicht behindert, sondern sie werden behindert – durch eine gebaute Umwelt, die durch Ausrichtung an einen vermeintlichen Normalnutzer alle anderen ausschließt.

Dieses Grundproblem bei der Planung des öffentlichen Raumes ist immer noch nicht ausgeräumt. Inzwischen hat in vielen Kommunen wie z.B. in der Stadt Freiburg ein Umdenken eingesetzt, dass nicht zuletzt ausgelöst wurde durch die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die 2009 in Deutschland in Kraft trat.

Mit dem Paradigma der Inklusion verbinde sich, „die Aufforderung, die baulichen, technischen, institutionellen und sonstigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen möglich ist.“ Das schließt unter anderem die Möglichkeit ein, Kulturveranstaltungen, medizinische Einrichtungen, Geschäfte und Sportstätten zu erreichen, sowie eine Barrierefreie Verwaltung wie es schon in Wiesbaden gehandhabt wird.

b.w.

Unterschrift Antragsteller/in

Beschlussniederschrift

- Gremium: HA StVV
 einstimmig mit Stimmenmehrheit
 laut Beschlussvorschlag
 mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:

Anzahl der **Ja**-Stimmen:Anzahl der **Nein**-Stimmen:Anzahl der **Stimmenthaltungen**: